Auslandsgesellschaft.de

das magazin

LÄNDER MENSCHEN POLITIK

Gaza + Israel
Krieg, Zerstörung und Vertreibung

Fadwa Schmitz
Erich G. Fritz

80 Jahre
Vereinte Nationen

Auslandsgesellschaft.de

Inhalt

Editorial 1

Für Frieden und Sicherheit: 80 Jahre Vereinte Nationen 2

80 Jahre Vereinte Nationen
Hoffung ohne kurzfristige Zuversicht | Eine Einordnung von Erich G. Fritz 8

Krieg in Gaza | Eine Einschätzung von Martina Plum 14

10 Jahre »Wir schaffen das«
Nicht die Schlepper, wir hätten entscheiden sollen 20

Frauen, die ihre Stimme gegen Donald Trump erheben 24

Thomas Krüger im Interview
Immer im Fokus: Junge Menschen direkt erreichen 26

Neuer Vorstand
Im Vorstand der Auslandsgesellschaft gibt es ein paar neue Gesichter 28

Der Dienstälteste geht:
Erich G. Fritz hat 40 Jahre mitgewirkt 30

Portrait
Fadwa Schmitz 36

Aus den Sprachkursen 38

6. Tag der Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft
Wie können Städteprtnerschaften in Krisen funktionieren? 39

Reisen
Zwischen Vergangenheit und Gegenwart – Jüdisches Leben in Amsterdam 40

Hohe Auszeichnung für die Auslandsgesellschaft
1. Platz beim „Charity Deutschland Ukraine Preis“ 42

Rezensionen
Carlo Masala: Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario 43
Elmar Theveßen: Deadline 44

Veranstaltung und Buchvorstellung
Rüdiger von Fritsch: Die Welt im Umbruch 46

Impressum 48

Auslandsgesellschaft.de

Editorial

Und schon wieder ist das magazin ein (fast) nur politisches geworden.

Aber auch nur fast. Denn wir haben diesmal eine ganze besondere Persönlichkeit im Heft. Es ist das „dienstälteste“ Vorstandsmitglied, Erich G. Fritz. Nachdem er über 40 Jahre lang die Geschicke der Auslandsgesellschaft mitbestimmt hatte, ist er im Herbst 2024 nicht mehr zur Wahl angetreten (S. 30).

Den neuen Vorstand stellen wir Ihnen in Teilen auch schon einmal vor (S. 28) Jünger und weiblicher ist er geworden, der Vorstand. Diesmal lassen wir den neuen Vizepräsidenten Hans-Joachim Pohlmann und den neuen Schatzmeister Dr. Jörg Hopfe zu Wort kommen. Im nächsten Heft bekommen Sie von uns einen Einblick in das, was Tamara Appelt und Bettina Brennestuhl mit ihrer Vorstandsarbeit verbinden.

Und dann sind wir auch schon bei der Politik:

Am 24. Okt. 2025 feiert die UN ihr 80-jähriges Bestehen. Anlass für uns, mal darauf zu schauen, wie diese aus dem verheerenden Desaster der zwei Weltkriege hervorgegangene Institution entstanden ist und welche Rolle sie heute spielt (S. 2).

Zehn Jahre ist es her, dass sich die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Satz „Wir schaffen das“ in die Geschichte einschrieb. Haben wir es geschafft? Wenn ja, was haben wir geschafft und was nicht (S. 14)?

Das Thema Gaza und Israel ist für uns in Deutschland ein ganz besonderes. Und vor allem alles andere als eindeutig einzuordnen. Wir haben einen Versuch gestartet (S. 8)

Dann haben wir ein paar interessante (politische) Bücher gelesen. Eins von Elmar Theveßen, der am 5. Nov. bei uns zu Gast sein wird (S. 44), und das von Carlo Masala, welches bereits in der 5. Auflage erschienen ist „Wenn Russland gewinnt“, und das von Rüdiger von Fritsch, *„Die Welt im Umbruch“*.

Marc Frese (li.) und Klaus Wegener

Ja, überall spielt er eine große Rolle und krempelt gerade massiv mit wahrscheinlich nachhaltigen Folgen die Weltpolitik um: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, hinterlässt seine Spuren. Wir haben drei Frauen aus der Weltpolitik beschrieben, die sich ihm, mit dem, was ihnen möglich ist, entgegenstellen (S. 18).

Und noch eine mutige Frau, die finden Sie in der Reisebeschreibung nach Amsterdam: Eva Weyl. Sie ist mit ihren 90 Jahren immer noch fit und als Zeitzeugin unterwegs (S. 40).

Da wir bei den mutigen Frauen sind, wir portraitieren diesmal die 24-jährige Fatwa Schmitz, die bei uns arbeitet. Kennen Sie nicht? Müssen Sie kennenlernen (S. 36).

Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Thomas Krüger beendet seine Arbeit und geht in Rente. Bei uns ist er im September zu Gast. Auch mit ihm haben wir ein Gespräch geführt (S. 20)

Politik bestimmt auch diesmal unser magazin. Die Welt verändert sich gerade drastisch. Die Beschäftigung damit fordert uns alle heraus. Es steht nicht weniger als die Verteidigung der westlichen Demokratien auf dem Spiel.

Klaus Wegener
Präsident

Marc Frese
Geschäftsführer

Auslandsgesellschaft.de

Für Frieden und Sicherheit: 80 Jahre Vereinte Nationen

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, [...] haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.“

So einfach, so schlicht beginnt die Charta der Vereinten Nationen (United Nations/UN), am 26. Juni 1945 San Francisco von 50 Staaten unterschrieben, am 24. Oktober des Jahres trat sie in Kraft.

Hätte es das verheerende Elend des Zweiten Weltkrieges nicht gegeben, wäre es auch nicht zur Gründung der UN gekommen. Künftige Generationen sollten keinen Krieg mehr erleben müssen.

Heute sind es 193 Staaten, somit fast alle Länder dieser Welt. Der Vatikan verzichtet auf eine Vollmitgliedschaft, die Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen scheitert an der Ablehnung Chinas. Alle weiteren Länder, die nicht Mitglied sind, sind in ihrer Staatlichkeit umstritten: Kosovo, Abchasien, Südossetien, Transnistrien und Palästina.

1945: Auf der Konferenz in San Francisco wurde die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD, M.) hält am 27.09.2014 in New York (USA) vor den Vereinten Nationen eine Rede.

Nach ihrem gescheiterten Vorgänger, dem Völkerbund, stehen die Vereinten Nationen seit 1945 für die Bemühungen der Völkergemeinschaft, den Frieden über die Interessen einzelner Staaten zu stellen und ihn zu sichern.

Nicht weniger als der Weltfrieden und die internationale Sicherheit – das sind die Ziele der VN.

Die VN sind das Forum der Völkerverständigung.

Gewaltlosigkeit ist eng mit dem Menschenrechtsschutz verbunden. Bereits im Dezember 1948 wurden die Allgemeinen Menschenrechte fest verankert: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, heißt es in Artikel 1. Der Schutz der Menschen ist in vielen Verfassungen verankert.

In der Weltverfassung ist es den Staaten verboten, ihre Interessen mit Gewalt oder deren Androhung auszuüben. Es gibt jedoch eine Ausnahme: die Selbstverteidigung. Den Frieden zu erhalten oder wiederherzustellen, ist eine Hauptaufgabe der VN. In der Praxis sind Peace-Keeping-Aktionen allerdings nur dann erfolgreich, wenn die Beteiligten kooperieren und keine Veto-Macht am Konflikt beteiligt ist.

Ihre erste große Bewährungsprobe hatten die Vereinten Nationen während der Kubakrise. Dank ihrer Hilfe wurde damals ein dritter Weltkrieg verhindert. 2002 schafften sie es, den Bürgerkrieg in Sierra Leone zu entschärfen. Dafür gab es den Friedensnobelpreis. An anderer Stelle sind die VN gescheitert: In Ruanda und Srebrenica konnten die VN die massenhaften Tötungen oder gar Genozide nicht verhindern.

Nicht alles läuft rund: Die 2015 beschlossenen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (SDG) sind schon heute nicht mehr erreichbar. Die Umsetzung der Klimapolitik hinkt ihren Zielen hinterher.

Das Problem und der Schwachpunkt der VN ist das Vetorecht der ehemaligen Siegermächte. Diese Konstellation bildet schon lange die globale Wirklichkeit nicht mehr ab. Indien, Afrika und Südamerika sind nicht auf Augenhöhe, die EU kann sich nicht auf einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat einigen. Die fünf ständigen Mitglieder – USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China – verfügen über ein Vetorecht, das die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen entscheidend schwächt.

Immer wieder kommt es zu Blockaden, wenn eine Vetomacht selbst in einen Konflikt involviert ist wie zum Beispiel Russland im Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die USA hinsichtlich des Krieges im Nahen Osten.

Das Völkerrecht umfasst ein breites Spektrum: Menschenrechte, Abrüstung, internationale Kriminalität, Flüchtlinge, Migration, Staatsangehörigkeiten, Behandlung von Gefangenen, Gewalt und Kriegsführung plus globale Gemeinschaftsgüter wie Umwelt, Nachhaltigkeit, internationale Gewässer, Weltraum, globale Kommunikation und den Welthandel.

196 Staaten haben die Genfer Konvention (die humanitäre Komponente des Völkerrechts von 1949) un-

Die Skulptur „non violence“ steht vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York.

terzeichnet. Das Genfer Abkommen dient als Grundlage für die Behandlung und den Austausch von Kriegsgefangenen. Auch hier gibt es zwei Probleme:mangelnde Durchsetzungsfähigkeit und Ahndungsmöglichkeiten. Die Umsetzung der Genfer Konvention bleibt auch nach über 75 Jahren eine große Herausforderung. In einer Zeit von immer mehr Kriegen ist das humanitäre Völkerrecht dringend reformbedürftig. Doppelstandards (Russland wird des Völkerrechtsbruchs bezichtigt, bei Israel hält man sich zurück) bleiben fatal für die Entwicklung des Rechts.

Dass die Charta der Vereinten Nationen, d.h. der Respekt für das Völkerrecht, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten, die Grundlage der gegenwärtigen Weltordnung bleiben müsse, darin sind sich fast alle einig. Zumindest auf dem Papier und in den Reden.

HABEN SICH DIE VEREINTEN NATIONEN HEUTE ÜBERLEBT?

Heute brechen mächtige Staaten, auch Mitgliedsstaaten der VN, ohne Rücksicht das Völkerrecht. Russland macht es mit brachialer Gewalt, China und die USA ringen um globale Hegemonie, in Indien und in Europa gewinnen immer mehr Nationalisten die Oberhand. Sind Dialog und Diplomatie heute überhaupt noch wirksame Instrumente, um Gegensätze und unterschiedliche Interessen in einem System gleichberechtigter Staaten und Nationen „unter einen Hut bringen“ zu können?

Durch das Vetorecht ist der Sicherheitsrat zur Untätigkeit verdammt. Aber das müsste so nicht sein. Denn wenn die Bestimmungen angewendet würden, wäre das nicht der Fall

Blick auf den Sitz der Vereinten Nationen in Genf

In Art. 27 heißt es, dass sich Streitparteien der Stimme enthalten müssen. Streitparteien, das sind diejenigen, die den Konflikt mit anheizen. Konkret heißt es:

Artikel 27
(1) Jedes Mitglied des Sicherheitsrats hat eine Stimme.
(2) Beschlüsse des Sicherheitsrats über Verfahrensfragen bedürfen der Zustimmung von neun Mitgliedern.
(3) Beschlüsse des Sicherheitsrats über alle sonstigen Fragen bedürfen der Zustimmung von neun Mitgliedern einschließlich sämtlicher ständigen Mitglieder, jedoch mit der Maßgabe, daß sich bei Beschlüssen auf Grund des Kapitels VI und des Artikels 52 Absatz 3 die Streitparteien der Stimme enthalten.

Die internationale Staatengemeinschaft verurteilt in der Generalversammlung der VN mit 141 zu einmal 4, dann 6 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das sind deutliche Zeichen an Moskau. Leider bleiben Beschlüsse der Generalversammlung rechtlich folgenlos.

Unbestritten bleibt: Die Vereinten Nationen brauchen dringend Reformen. Doch wer kann die Impulse dafür setzen?

80 Jahre Vereinte Nationen | Eine Einordnung von Erich G. Fritz

Hoffnung ohne kurzfristige Zuversicht

Die wichtigste Botschaft zum Jubiläum der Gründung der Vereinten Nationen vor 80 Jahren auf den menschlichen und politischen Scherben des zweiten Weltkrieges ist: Es gibt sie noch! Anders als der Völkerbund, ihr gescheiterter Vorgänger ist noch kein Land ausgetreten, sieht man davon ab, dass das Gründungsmitglied Taiwan der Volksrepublik China weichen musste.

Schaut man auf die Bilanz der auf 193 Staaten angewachsenen Weltgemeinschaft, so lassen sich durchaus viele positive Punkte sammeln; sehr viele im humanitären Bereich, eine ganze Reihe im Bereich der Friedenserhaltung, weniger in der Konfliktvermeidung und wenige in der Vermeidung von Kriegen.

Immer aber fällt ins Auge, dass die UNO bei wichtigen Problemfeldern gelähmt, wenn nicht handlungsunfähig ist. Die Ursache ist offensichtlich, sie liegt in der Konstruktion des Sicherheitsrates, der den ehemaligen Siegermächten des Weltkrieges und China ein Vetorecht einräumt und dadurch überall dort, wo es um deren Interessen geht, zu Blockaden führt.

Unter dem Präsidenten Trump ist der Rückzug aus der UN-Verantwortung noch rücksichtsloser geworden.

Die UN-Charta geht von der Fiktion aus, dass alle Mitgliedsstaaten das gleiche Verständnis vom Völkerrecht und den Menschenrechten haben und bereits sind, dafür auch dann einzustehen, wenn ihre eigenen Interessen betroffen sind. In der Praxis hat das einigermaßen funktioniert, solange es eine Supermacht gab, die bereit war, mit ihrer ganzen Macht die universelle Geltung einzufordern und zur Not auch durchzusetzen.

Die USA als „Hüter der Regeln“ (H. Münkler) hatte unter verschiedenen Präsidenten sehr differenzierte Haltungen zur UNO. Kennedy war der einzige Präsident, der die UNO schon in seiner Antrittsrede erwähnte. Solange die USA bereit waren, eigene Interessen für die Vorteile der ganzen Gemeinschaft zurückzustellen und große Leistungen zu erbringen, wurde das System von allen Staaten ernst genommen. So konnten Generalsekretäre wie U Thant in der Kuba-Krise auch zwischen Vetomächten vermitteln. Heute kann Antonio Guterres, dieser erfahrene Lenker supranationaler Institutionen noch nicht einmal deutlich Stellung zum Ukraine-Krieg beziehen. Diese Sprachlosigkeit auf der einen Seite und der Rückzug der USA aus der Verantwortung jenseits eigener Interessen

Auslandsgesellschaft.de

(wie z.B. in Syrien, im Sudan) hat den Einfluss der UNO stark beeinträchtigt. Unter dem Präsidenten Trump ist der Rückzug aus der UN-Verantwortung noch rücksichtsloser geworden.

Am stärksten ist die globale Organisation dadurch geschädigt, dass die Multipolarität Mächte hervorbringt, die mutwillig, ungestraft und mit Erfolg das Völkerrecht nach Gutdünken den eigenen Interessen unterordnen, die Existenz gemeinsamer Grundlagen wie die Menschenrechte ignorieren und offen für die Macht des Stärkeren optieren. Das heißt nicht, dass man die UNO als gemeinsame Plattform verlassen will oder nicht mehr deren Vorteile nutzen möchte. Die Grundlagen aber verkümmern. Und dafür ist nicht nur China verantwortlich, das als neue aggressive Großmacht nach eigener Stärke und nicht nach internationalem Recht handelt. Man kann auch nicht nur Russland die Schuld geben, das offen „Menschenrechte für eine Waffe des Westens gegen Russland“ nennt und durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine als Signatarmacht der UN-Charta gegen das Grundgesetz der UNO verstößt (die Ukraine ist immerhin einer der Gründungsstaaten der UNO!). An dem Verlust von Grundverständnis haben auch die USA ihren großen Anteil. Schon die Täuschung des Sicherheitsrates vor dem zweiten Golfkrieg, die unhaltbare Tatsachenbehauptungen gegen den Irak als Grund für einen völkerrechtswidrigen Krieg geltend machte, hat der UNO sehr geschadet. Warum soll man sich an die Regeln halten, wenn der „Hüter der Regeln“ selbst dagegen verstößt?

Trägt also die Utopie von Franklin D. Roosevelt heute nicht mehr, dass Frieden und verlässliches internationales Recht, Frieden und humanitäre Verantwortung unteilbare gemeinsame Verpflichtung aller Staaten sind? Und gilt nicht mehr die einfache Einsicht eines anderen US-Präsidenten, dass die UNO nur dann funktionieren kann, wenn „wir alle anerkennen, dass wir uns selbst die Befugnis verweigern müssen, stets nach unserem eigenen Willen zu handeln…, ganz gleich, wie mächtig wir sind.“? Das, so Truman, sei nämlich der Preis, den jede Nation für den Weltfrieden wird, zahlen müsse. Klänge aus einer anderen Zeit. Die Einsicht, dass eigener Verzicht zum Wohle eines größeren gemeinsamen Vorteils für alle Grundlage einer internationalen Ordnung sein könnte, ist kaum noch vorstellbar.

Kann man nicht durch eine Reform der UNO alle Mängel heilen und das ganze System auf eine neue, von allen oder mindestens fast allen Staaten akzeptable Grundlage stellen?

Die hoffnungsvollste Zeit für eine umfassende Reform der UNO, die die Welt berücksichtigt, wie sie nach der Dekolonialisierung und dem Aufstieg Chinas und Indiens und der wachsende Bedeutung Afrikas und Lateinamerikas entstanden ist, waren die 10 Jahre von 1990 bis 2000. Große Hoffnungen richteten sich auf eine Berücksichtigung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, vielleicht sogar auf einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat, vor allem aber die Überwindung der Handlungsunfähigkeit durch das alte Vetosystem der Big5. Die Chance wurde vertan, die USA sahen sich als einziger Sieger der Zeitenwende nach 1990 und absolute Supermacht auf der Welt, die keine Rücksicht auf andere mehr nehmen musste. Die Kooperationsbereitschaft Russlands wurde als völlige Machtlosigkeit des Nachfolgers der

Das Gebäude der Vereinten Nationen in New York

UdSSR missdeutet und die Europäer waren formal für einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat. Frankreich und Großbritannien dachten aber nicht daran, ihren eigenen Anspruch dafür zur Disposition zu stellen.

Die Rolle der Generalversammlung, wo es Mehrheiten für eine Reform gegeben hätte, ist leider bis heute so schwach, dass deren Meinungsbildung ohne Folgen bleibt – nicht nur in dieser Frage.

Bleibt die Frage, ob es neue erfolgversprechende Ansätze für Veränderungen geben kann, die die UNO wieder zu einer allseits anerkannten, wirkmächtigen Organisation machen kann. Die „UN80-Reforminitiative“, die rechtzeitig zum Jubiläum gestartet wurde, ist vor allem der Sorge vor der Zahlungsunfähigkeit der UNO geschuldet. Es geht ihr nicht nur die Wertebasis und Fähigkeit zur gemeinsamen Handlung verloren, sondern auch noch die notwendige Liquidität für ihre Missionen und humanitären Notwendigkeiten.

Wer soll die Dynamik eines neuen Reformprozesses prägen? Die neuen populistischen, nationalistischen und menschenrechtsverachtenden Staaten jedenfalls nicht. In der Folge der neuen Allianzen Russland für den Krieg besteht ein reaktionärer Block, der sich nicht bewegen wird, schon gar nicht in die Richtung einer Wiederherstellung einer regelbasierten und rechtssicheren Ordnung. China betreibt weltweit, vor allem aber in Afrika und Lateinamerika eine aktive Werbung für die autokratische Ordnung, das Erfolgsmodell der Einparteienherrschaft ohne individuelle Rechte verbunden mit wirtschaftlichem Erfolg. Es gibt dafür hunderte von Millionen Dollar aus, setzt personelle Ressourcen ein und ist erfolgreich. Das zielt auf eine Mehrheit jenseits derer, die eine universelle Geltung von Prinzipien und Rechten vertreten.

> Die Rolle der Generalversammlung [...] ist leider bis heute so schwach, dass deren Meinungsbildung ohne Folgen bleibt [...]

Soll man auf die neuen „Großen“ im globalen Süden setzen? Indien fällt einem da ein. Es hängt aber immer stärker einem populistischen Hindu-Nationalismus an. Modri hat es in ein Land mit Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten verwandelt. Keine positive Macht, aber immerhin noch demokratisch. Oder kann Südafrika Hoffnung machen, das Land, das große innere Schwierigkeiten hat und außenpolitisch einen Platz unter den Großen bei BRICS beansprucht, deshalb Russlands völkerrechtswidrigen Krieg ignoriert? Oder ist es doch Brasilien, das nach einem populistischen Wirtschaftsliberalen wieder Lula ins Präsidentenamt gewählt hat? Dort verbrennt trotz der Verantwortung für das Weltklima immer noch mehr Wald, als je nachwachsen kann. Und Lula quält im Zusammenhang mit der UNO hauptsächlich der Gedanke, auf jeden Fall die lateinamerikanische Führungsrolle gegenüber Mexiko zu sichern.

Jeder gegen jeden, so scheint es. Eine gemeinsame Idee für eine UNO-Reform kann daraus sicher nicht entstehen. Bleibt allein als Hoffnung die Überzeugungskraft der Europäischen Union. Das ist nicht scherzhaft gemeint. Zwar sind die Europäer im inneren nicht so stabil, dass die alte Anziehungskraft der Gemeinschaft gesichert ist, aber die Bereitschaft, auf kurzfristige Vorteile zugunsten des gemeinsamen Erfolges auf gesicherter Rechtsgrundlage und Anerkennung der Grundprinzipien zu verzichten, das erweckt immer noch Anerkennung und manchmal auch Neid in anderen Weltregionen.

Die deutsche Präsidentin der Generalversammlung, Annalena Baerbock, hat als Motto schlicht und im ersten Moment banal wirkend „Better together“ gewählt. Aber mal ehrlich: Ist das nicht wirklich das einzige, das helfen könnte? Angesichts von weit über hundert bewaffneten Konflikten, einem x-mal verwundeten Körper des Völkerrechts, hunderten Millionen in ihrer Existenz bedrohten Menschen in Hunger- und Bürgerkriegs-Zonen kann nur das helfen.

Bleibt zu hoffen, dass wir nicht wie vor der Gründung der UNO vor 80 Jahren erst noch durch das Tal der totalen Zerstörung von Verlässlichkeit gehen müssen, bis die Erkenntnis wieder Raum gewinnt, dass es einer starken und handlungsfähigen UNO bedarf, deren Existenz und Funktionalität eigene Opfer rechtfertigt. Das gegenwärtige Wachkoma der Vereinten Nationen muss überwunden werden. Die Hoffnung bleibt. Mut und Ausdauer, Wille und Anstrengung der verbliebenen Demokratien der Welt sind dringen notwendig. Laute Unterstützung der Menschen überall braucht es obendrein.

Der Völkerbundpalast in Genf – der zweite Hauptsitz der UNO

Israel im Kampf gegen die Hamas | Eine Einschätzung von Martina Plum |Kommentierender Bericht

Krieg in Gaza

JA:

Gefordert wird:

- Kapitulation der Terrororganisation Hamas.
- Die sofortige Freilassung aller Geiseln.

- Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 Israel angegriffen und 1.182 Menschen bestialisch ermordet. 250 Menschen haben sie als Geiseln genommen. Wahrscheinlich sind jetzt noch 50 Menschen, tot oder lebendig, in ihrer Gewalt.

Die Staatsräson verpflichtet Deutschland gegenüber Israel. Wir tragen angesichts der Shoah eine historische Verantwortung. Wir müssen aber auch wie alle anderen das Völkerrecht und die Menschenrechte fest im Blick behalten. Dazu ist Deutschland verpflichtet. Auch für die Palästinenser tragen wir Verantwortung. Auch das hat uns die Shoah auferlegt.

Das Gewaltverbot in der UN-Charta ist elementar. Trotzdem: Wird ein Staat angegriffen, hat er das Recht zur „Selbstverteidigung“ (Art. 51).

Israelische Panzer nahe der Grenze zu Gaza im August 2025

Obwohl die Hamas eine Terrororganisation und kein Staat ist, hat Israel das Recht, sich selbst zu verteidigen. Israel muss sich aber an die Regeln des humanitären Völkerrechts halten. Und das tut es nicht. Die Zivilbevölkerung wird nicht geschont. Israels Krieg müsste sich gegen die Hamas wenden und nicht gegen die Menschen.

Wir als Deutsche müssen aufgrund der Shoah aufstehen und sagen: Das geht nicht. Selbstverteidigung Ja, aber das, was da passiert, geht weit darüber hinaus.

Wir müssen die Gräueltaten der Hamas verurteilen, uns für das Recht der Israelis einsetzen, aber auch für das Recht der palästinischen Bevölkerung.

Der Schutz der Menschen in Gaza ist unverzichtbar, so ist es im Völkerrecht und in der UN-Charta festgehalten.

UN-Nothilfechef Tom Fletcher nimmt Israel in die Pflicht. Als Besatzungsmacht habe es dafür zu sorgen, dass die Menschen Nahrung und medizinische Versorgung erhalten. Aber das geschieht nicht, „… stattdessen sind Zivilisten Tod und Verletzungen ausgesetzt, werden gewaltsam vertrieben, ihrer Würde beraubt.“

Zwischen der Forderung nach einem Ende der Hungersnot unter Zivilisten und dem bedingungslosen Freilassen aller Geiseln gäbe es, so Fletcher, kein Muss der Entscheidung. Antisemitismus müsse bekämpft werden. Aber: „Wir müssen Israel auch an denselben Prinzipien und Gesetzen messen wie alle anderen Staaten.“

Wir haben keine andere Chance, als uns nicht auf eine Seite zu stellen. Wenn wir weiterhin tatenlos zusehen, dann verraten wir das Völkerrecht und die Menschenrechte, die

Demonstration in Israel für die Freilassung der Geiseln

> Ganz Gaza wird jüdisch sein. Die Regierung drängt darauf, dass Gaza ausgelöscht wird.
>
> Amichai Eliyahu, israelischer Minister für kulturelles Erbe

für alle gelten. Die Nichtanerkennung und die Menschenrechte führen zu „Akten der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen“, so die Mahnung aus der Präambel von 1948. Im vierten Genfer Abkommen sind die Garantien der Menschenrechte für die Menschen in bewaffneten Konflikten festgelegt. Demnach soll die Bevölkerung „unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden, jede Benachteiligung aus Gründen der Rasse, der Farben, der Religion oder des Glaubens, des Geschlechtes, der Geburt oder des Vermögens oder aus irgendeinem anderen Grunde“ vermieden werden.

Amichai Eliyahu, israelischer Minister für kulturelles Erbe aus der rechtsextremen Partei „Jüdische Kraft“, sagte am 24. Juli 2025 im ultraorthodoxen Radiosender Kol BaRama: „Ganz Gaza wird jüdisch sein. Die Regierung drängt darauf, dass Gaza ausgelöscht wird. Gott sei Dank vernichten wir das Böse. Wir vertreiben diese Bevölkerung, die mit ‚Mein Kampf‘ erzogen wurde.“ Er lehnte die Verantwortung für die Versorgung der Palästinenser ab und behauptete „Die Briten haben die Nazis nicht ernährt, die Amerikaner die Japaner nicht, und die Russen ernähren jetzt nicht die Ukrainer.“

Netanjahu hat es gesagt: Die Palästinenser müssen raus. Ende August genehmigt das Parlament die Räumung bis zum Schluss. Netanjahu: „Wir werden weiterkämpfen, wir werden weiterverhandeln, bis wir alle unsere Kriegsziele erreicht haben – bis zum vollständigen Sieg.“

Der Friede wäre 1995 schon möglich gewesen. Es war der israelische Ministerpräsident Jitzchak Rabin, der darauf bestand, dass die in den Osloer Verträgen vereinbarte Zwei-Staaten-Lösung endlich umgesetzt werden sollte.

Rabin wurde 1995 von Jigal Amir, einem israelischen Studenten mit religiös-fanatischer Gesinnung, ermordet. Benjamin Netanjahu regiert seit 2022, nachdem er bereits von 1996 bis 1999 und 2009 bis 2021 Ministerpräsident war.

KRIEG DER BILDER

Der Krieg der Waffen ist auch immer ein Krieg der Bilder. Und immer stirbt die Wahrheit zuerst. Manche können (oder wollen auch nicht mehr) unterscheiden, was echt und was falsch ist. Auf allen Seiten. Herauskommt eine Schwemme an Desinformation. Auf allen Seiten.

Es ist einfach geworden, alles als Propaganda, als KI generiert, abzutun. Es ist menschenverachtend, wenn Bilder hungernder Menschen als Propaganda oder nicht echt bezeichnet werden. Die Bilder haben eine hohe

Auslandsgesellschaft.de

emotionale Macht, laden aber auch zum ideologischen Missbrauch ein.

Es gäbe eine Möglichkeit, der Objektivität mehr Raum zu geben: Endlich Journalistinnen und Journalisten, Fotografinnen und Fotografen freien Zugang zu gewähren, sie nicht zu zensieren und nicht an ihrer Arbeit zu hindern. Laut Reporter ohne Grenzen sind 43 Journalistinnen und Journalisten im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet worden (Stand: 26. März 2025)

Fakt ist, es fällt vielen Menschen immer schwerer, auf der Seite der israelischen Regierung zu stehen. Was passiert da eigentlich? Bilder vermitteln nur unzureichend, was sich in Gaza abspielt. Unabhängigen Journalisten ist der Zutritt verwehrt. Was genau die Wahrheit ist, wird kontrovers diskutiert. Dass die Lage in Gaza unmenschlich ist, wird von vielen internationalen Beobachtern so gesehen.

Die Hamas hat durchaus ein Interesse daran, die humanitäre Lage eskalieren zu lassen. Israel verweigert ausreichende Hilfslieferungen. Ein unzulässiges Kriegsmittel mit katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Der Krieg wird durch Bilder und ihre Wirkung entschieden; eine wichtige Währung, die zählt, ist Aufmerksamkeit. Die Bilder von massiver Zerstörung und einer leidenden Bevölkerung haben einen tiefen Eindruck in Teilen der Weltbevölkerung hinterlassen

Israel erklärt, erreicht aber nicht immer sein Ziel. Die Hamas setzt gezielt auf Emotionen. Den aussichtlosen Kampf entscheidet die Wirkung auf die Zuschauer.

Israel kann sich nicht mehr nur als angegriffenes Land positionieren. Das Image des bedrohten Landes ist weg. Vielmehr ist der einst Bedrohte zum Aggressor geworden.

Am 18. März hat Israel den Waffenstillstand aufgekündigt. Am gleichen Tag wurde der Zugang für humanitäre Hilfe durch die UN unterbrochen.

Völkerrechtler sprechen von Kriegsverbrechen. Die Meinungen, ob in Gaza ein Genozid stattfindet gehen weit auseinander. Fragen der Moral, der humanitären Katastrophe und der juristischen Definitionen werden gestellt und je nach dem beantwortet.

Dieser Vorwurf wiegt schwer. Je länger er im Raum steht, desto weniger kann er ausgeräumt werden.

Der weltbekannte und preisgekrönte israelische Schriftsteller David Grossman hat die Kriegsführung Israels im Gazastreifen als »Genozid« bezeichnet. Viele Jahre lang habe er es vermieden, diesen Terminus zu verwenden, sagte der Autor und Friedensaktivist in einem Interview mit der italienischen Zeitung »La Repubblica«.

Aber nun gebrauche er dieses Wort »mit unermesslichem Schmerz und einem gebrochenen Herzen«.

Zerstörte Häuser
im Gazastreifen

Auslandsgesellschaft.de

10 Jahre „Wir schaffen das“:

Nicht die Schlepper, wir hätten entscheiden sollen

Es war der 31. August 2015, als die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel während einer Bundespressekonferenz den Satz sagte, mit dem sie in die Geschichte eingehen sollte: „Wir schaffen das!“ Das ist jetzt genau zehn Jahre her.

Angela Merkel

Anfang September 2015 hatten sich viele syrische Flüchtlinge von Ungarn aus zu Fuß auf den Weg nach Österreich und Deutschland gemacht. In der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015 entschied die Kanzlerin, dass die Polizei die Menschen an den Grenzen nicht aufhalten werde. Deutschland nehme sie auf. Es waren eine Millionen Asylbewerber, die das Land willkommen hieß. Ende 2024 waren es 3,3 Millionen Menschen.

Nach zehn Jahren wird es Zeit, ein Resümee zu ziehen. Haben wir es tatsächlich geschafft? Die Antworten hierauf variieren je nachdem, wen man fragt und welchem politischen Lager man angehört. Mit diesem Satz wurde eine „neue Willkommenskultur“ in Deutschland etabliert. Es waren sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die Merkels Satz mit Leben füllten. Und bis heute ziehen sie ihren Hut vor der ehemaligen Regierungschefin für deren Mut.

Dabei ist das Zitat – wie so oft – aus dem Zusammenhang gerissen. Frau Merkel sagte nämlich: „Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir

Auslandsgesellschaft.de

haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. Der Bund wird alles in seiner Macht Stehende tun – zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen – , um genau das durchzusetzen.“

Das haben wir schon einmal nicht geschafft: Denn die Länder und die Kommunen beschwerten sich später massiv darüber, dass der Bund sie mit den Problemen, die die hohe Zahl der Asylbewerber im Stich gelassen habe.

Die Kritik wird so vehement, dass Merkel den Satz knapp ein Jahr später relativierte. Dieser Satz sei fast zu einer Leerformel geworden. Dabei sei er vielmehr „anspornend, dezidiert anerkennend“ gemeint.

Im Juli 2016 ereigneten sich zwei islamistisch motivierte Anschläge in Würzburg und Ansbach. Die Angst vor mehr Gewalttaten nahm damals seinen Anfang. Es war nicht nur diese Aussage, sondern vor allem die Art und Weise, wie viele Politiker und Medien damit umgingen, die das Thema zu einem polarisierenden Problem machte. Die Bedenken vieler Menschen, die Probleme damit hatten, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, öffneten der AfD Tür und Tor für ihr Wachstum.Das Thema wurde zum Wahlhelfer der Rechtsextremen. Seitdem fordern sie unermüdlich, dass „Millionen von Menschen in ihre Herkunftsländer zurückkehren“ sollen. Sie haben enorme Unterstützung unter den Wählerinnen und Wählern gewonnen. Heute ist die rechtsextreme Partei die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag.

Das Thema Zuwanderung, vor allem die „ungebremste“, hat die Gesellschaft sehr gespalten.

Dabei zogder BDA-Präsident Ingo Kramer noch 2018 im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein positives Integrationsfazit: „Die Integration der Flüchtlinge läuft besser als erwartet.“ 400.000 Flüchtlinge hätten in Deutschland schnell einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten.
https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-12/fluechtlinge-bda-integration-arbeitsmarkt-erfolg

Zum zehnten Jahrestag traf Angela Merkel fünf Geflüchtete aus dem Iran, Syrien und Afghanistan beim WDR. Sie sagte: „Wir sprechen oft über diese Menschen, die damals zu uns kamen, aber selten mit ihnen. Wenn ich nach 2015 zurückgehen würde, würde ich den Satz wieder so sagen. Aber wenn ich nach 2013 zurückkehren könnte, dann würde ich alles tun, um die Flüchtlinge im Libanon stärker zu unterstützen und zugleich legale Fluchtwege nach Europa schaffen. Damit am Ende wir entscheiden, wer einreist, und nicht die Schlepper.“

Zur Sommerpressekonferenz 2025 widersprach Friedrich Merz seiner Vorgängerin und meinte, „dass wir es offenkundig nicht geschafft haben.“

Frauen, die ihre Stimme gegen Donald Trump erheben

Schon sehr auffällig: Es sind ein paar (politisch) schwergewichtige Frauen, die ihre Stimme gegen den amerikanischen Präsidenten erheben. Wir haben uns drei von ihnen einmal angesehen

Nancy Pelosi war als Sprecherin des Repräsentantenhauses (2019–2023) eine der mächtigsten Gegnerinnen von Donald Trump.

Sie konnte in dieser Funktion Gesetzesvorhaben entweder durchbringen oder blockieren, Ausschüsse leiten und vor allem Untersuchungen gegen Trump veranlassen.

Sie leitete zwei Amtsenthebungsverfahren gegen ihn ein:
2019: In den USA gab es einen Ukraine-Skandal. Angeblich soll Trump Militärhilfe zurückgehalten haben, um Joe Biden zu schaden.
2021: Wegen seiner Anstiftung zum Aufstand (Sturm auf das Kapitol 2021).

Sie wird nicht müde und wiederholt ihre Kritik am Präsidenten Sein Umgang mit der Wahrheit und den Medien, seine Einwanderungsgesetze, seine Klimapolitik, er untergräbt demokratische Institutionen.

Sie kämpft persönlich und politisch gegen Donald Trump.

Mette Frederiksen, Ministerpräsidentin von Dänemark, scheint dem amerikanischen Präsidenten bei seiner Überlegung, Grönland für sich einzunehmen, entgegengeschleudert zu haben: Leg dich nicht mit Mette Frederiksen an. Sie sagte, diesem inakzeptablen Druck werden die Dänen widerstehen. Dabei scheint sie es geschickt anzustellen. Die amerikanischen Vorstöße spielt sie öffentlich herunter und betont gleichzeitig, wie eng die USA und Dänemark zusammenarbeiten. Über die diplomatischen Kanäle wurde sie dann deutlicher. Als sich der US-Vize-Präsident JD Vance selbst zu einem Hundeschlittenrennen mit seiner Frau einlud, sagte sie klar und unmissverständlich, dass die Amerikaner weder eingeladen noch willkommen wären.

Jetzt gab sie nur noch eines zu verstehen: Basta, es reicht!

Mette Frederiksen ist Sozialdemokratin, eine, die klare Kante zeigt. Mit ihrer harten Haltung in der Einwanderungspolitik hat sie sich die Unterstützung der Arbeiter gesichert, eine Einstellung, die Menschenrechtsorganisationen hart an ihr kritisieren. Richtung Trump wiederholt sie, dass „jede Diskussion über die Zukunft Grönlands in Nuuk beginnt und endet“.

Ganz vorne dabei ist auch eine laute Stimme, die klare Worte gegen Trump findet: Es ist die EU-Außenbeauftragte **Kaja Kallas**. Die 47-Jährige kommt aus Estland und war dort Ministerpräsidentin. Vielen ist sie bei der EU ein „Dorn im Auge“, weil sie eben nicht nur erst einmal alle 27 Mitgliedsstaaten fragt, was sie sagen darf, sondern oft und offen ihre Meinung vertritt. Ja, kontert sie, „irgendjemand muss ja anführen und anschieben, damit alle zueinanderfinden“.

In Brüssel geht alles langsam und beschaulich. Wenn die ehemalige Regierungschefin Estlands es leid ist, kann es passieren, dass sie, sobald es in den USA wieder einmal nur um Macht und Geld geht oder wenn EU-Mitgliedstaaten zu Maßnahmen gezwungen werden, die sie eigentlich nicht ergreifen wollen, die Wahrheit direkt und ohne Umschweife ausspricht. Geradeaus und zielgerichtet. Dabei geht es dann gar nicht darum, dass sie nicht recht hat, sondern dass sie im Gegensatz zu anderen den Mund aufmacht.

Als Trump und Vance den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Oval Office demütigten, schickten ihm andere Solidaritätsbekundungen nach Kiew. Kallas jedoch schrieb beim Kurznachrichtendienst X: „Heute hat sich gezeigt, dass die freie Welt einen neuen Anführer braucht.“

Sie war es auch, die aussprach, was viele dachten: Man höre von Trump „eine Menge Feindseligkeit“ gegenüber der EU.

Interview | Der Präsident der bpb Thomas Krüger geht in den Ruhestand

Immer im Fokus: Junge Menschen direkt erreichen

Ein ganzes Vierteljahrhundert hat er die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geführt. Ende August hat sich Thomas Krüger aus dem Amt des Präsidenten in den Ruhestand verabschiedet. Am 23. September war er zu Gast in der Auslandsgesellschaft. Wir haben ihm vorab ein paar Fragen zu seiner Zeit als Präsident gestellt.

Der Bundesinnenminister Alexander Dobrindt zum Ende der Amtszeit von Thomas Krüger: „In einer Zeit, in der die Polarisierung der Gesellschaft zunimmt, ist die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung wichtiger denn je. Thomas Krüger hat als Präsident 25 Jahre lang die Bundeszentrale für politische Bildung geführt. Mit ihm hat die Bundeszentrale für politische Bildung den digitalen Wandel erfolgreich bestritten. Für seinen unermüdlichen Einsatz für die politische Bildung und damit letztendlich für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gebührt ihm unser Dank und Respekt!“

Was muss politische Bildung tun, um die Herausforderungen (Auswirkungen des Krieges, der Klimakrise und der Pandemie) für die Demokratie in Zukunft zu handhaben, damit die Bürgerin und der Bürger partizipativ an der Gestaltung des eigenen Umfelds teilnehmen und es gestalten kann?

Politische Bildung ist immer mehr als nur reine Institutionenkunde. Es geht darum, Menschen fit zu machen, an demokratischen Prozessen teilnehmen zu können. Mit Blick auf die zunehmenden und sich überlagernden Krisen werden Analysen wichtiger, die leicht verständlich Zusammenhänge aufzeigen. Je komplexer die Probleme sind, mit denen wir konfrontiert werden, umso mehr Hilfestellungen braucht es, den Überblick zu behalten oder den Durchblick zu bekommen. Politische Bildung muss dafür entsprechende Formate stärken oder neu entwickeln. Zum Beispiel mit Bürgerdialogen und Zukunftswerkstätten, in denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Expertinnen und Experten über aktuelle Krisen und mögliche Lösungen diskutieren können.

Sie waren 25 Jahre Präsident der bpb und haben sich dabei immer besonders um junge Menschen als als Zielgruppe gekümmert. Warum war Ihnen dieser Fokus so wichtig?

> [...] Denn wenn wir nicht mehr in der Lage sind, die Gegenseite überhaupt zu verstehen und als legitim anzuerkennen, zerbröselt der Grundkonsens der Demokratie.

Auslandsgesellschaft.de

Thomas Krüger zu seiner Amtszeit in Berlin

Als ich im Jahr 2000 in die bpb kam, haben wir uns grundlegend neu aufgestellt. Im Fokus stand, dass wir politische Bildung breiter denken und gezielt versuchen, junge Menschen direkt zu erreichen und nicht nur über Multiplikatoren wie Lehrerinnen und Lehrer. So entstanden Produkte wie unser Jugendmagazin fluter, der Wahl-O-Mat als Angebot für Erstwählerinnen und -wähler und große Jugendkongresse. Gleichzeitig haben wir mit Hanisauland auch ein Angebot für Kinder entwickelt, das mit Comics, Spielen und einer Website Fragen zu Politik und Demokratie altersgerecht vermittelt. Das ist bis heute in dieser Form einzigartig im deutschsprachigen Raum.

Was kann pol. Bildung tun, damit eine gegenseitige wertschätzende Diskussion (überhaupt noch) möglich ist?

Multiperspektivität und Kontroversität sind dafür entscheidend! Angebote müssen so strukturiert sein, dass immer klar wird, dass mein eigener Standpunkt nur einer von vielen ist und es auf Debattenfragen keine eindeutige Antwort gibt. Ich weiß, dass das bei emotional aufgeladenen Themen schwer ist – und das sind immer mehr –, aber dennoch ist es für eine Demokratie essentiell, dass die Bürgerinnen und Bürger im Austausch bleiben. Denn wenn wir nicht mehr in der Lage sind, die Gegenseite überhaupt zu verstehen und als legitim anzuerkennen, zerbröselt der Grundkonsens der Demokratie. Wir alle haben einen Toleranzmuskel, den wir trainieren können. Politische Bildung kann dazu beitragen, indem sie Formate anbietet, die Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen zusammenbringt und Austausch ermöglicht.

Und wie geht es jetzt persönlich für Sie weiter nach so vielen Jahren in der politischen Bildung? Kann man da überhaupt aufhören, sich in die politische Bildung einzumischen?

In die politische Bildung einzumischen? Ich ? Ich werde auf keinen Fall von der Seitenlinie reinrufen, das gehört sich nicht. Ich wünsche allen denen, die in der bpb weiter daran arbeiten, unsere Demokratie zu stärken, eine glückliche Hand! Wer mich kennt, der weiß, ich habe viele Interesse, manche davon musste ich in den letzten Jahren etwas vernachlässigen, für die ist jetzt Zeit. Im Herbst werde ich zum Beispiel mal wieder am Jazzfest Berlin teilnehmen, darauf freue ich mich schon! Und ansonsten bin ich ab jetzt genau das, was die bpb immer versucht hat zu fördern: ein mündiger Bürger, der sich aktiv in die demokratische Gesellschaft einbringen wird!

Neuer Vorstand

Im Vorstand der Auslandsgesellschaft gibt es ein paar neue Gesichter

Neu gewählt wurden: Hans-Joachim Pohlmann zum Vizepräsidenten und Dr. Jörg Hopfe zum Schatzmeister. Die beiden neuen Beisitzerinnen sind: Tamara Appel (FH Dortmund) und Bettina Brennenstuhl von der Hafen AG. Mit den beiden wird der Vorstand jünger und weiblicher.

Der neu gewählte Vorstand ehrte Dr. Harald Koch während der Mitgliederversammlung mit einem besonderen Gedenken.

Wir lassen ausnahmsweise mal zunächst den beiden Herren den Vortritt und haben ihnen drei Fragen gestellt.

Dr. Jörg Hopfe ist ein Mann der Zahlen und damit prädestiniert für die Funktion des Schatzmeisters. Er war Bankdirektor und vor allem im Bereich Förderung und Betreuung der Kunden tätig.

Hans-Joachim Pohlmann ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht. Als sachkundiger Bürger ist er Mitglied im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit der Stadt Dortmund.

Was war Ihr Beweggrund, bei uns mitzumachen?

Dr. Hopfe: „Ich habe viele Jahre im Beratungsbereich zu europäischen Themen gearbeitet und dort den Wert der Europäischen Union sehr nah erleben dürfen. Die Europäische Integration hat uns über viele Jahre Frieden ermöglicht und muss sich jeden Tag aufs Neue beweisen. Hier leistet die Auslandsgesellschaft einen wichtigen Beitrag. Gerade in der aktuell schwierigen Weltlage ist der große Begriff „Völkerverständigung“ von besonderer Wichtigkeit. Für ein persönliches Engagement in diesem Zusammenhang stehe ich gerne zur Verfügung.“

Dr. Jörg Hopfe

H.-J. Pohlmann: „Ich bin Jurist und diese sind bekanntlich breit einsetzbar. Zudem bin ich seit meiner Kandidatur als Oberbürgermeister für die Stadt gut vernetzt und bürgerschaftlich engagiert – ein Engagement, das ich gern ausweite für eine Organisation, die sich seit über 75 Jahren für Integration von Zuwanderern, den Austausch von Jugendlichen über Ländergrenzen hinweg, die politische Fortbildung und nicht zuletzt den europäischen Gedanken einsetzt.“

Hans-Joachim Pohlmann

Was motiviert Sie, bei der Auslandsgesellschaft mitzumachen?

Dr. Hopfe: „Vor diesem Hintergrund motiviert mich das breite und großartige Angebot der Auslandsgesellschaft zur Integration von neuen Mitbürgern, insbesondere durch Sprachkurse, aber auch die Schaffung von gegenseitigem Verständnis für andere Nationalitäten durch Länderkreise, Studienreisen etc.“

H.-J. Pohlmann: „Die Auslandsgesellschaft ist nicht „irgendein Verein“. Das Engagement verpufft also nicht in kleinem Rahmen. Seit Jahren arbeiten viele Menschen leidenschaftlich und gemeinsam daran, die Ziele der Gesellschaft umzusetzen und das trotz unterschiedlicher politischer Ansichten, Berufe oder Herkunftsländer. Dieses Miteinander zu beobachten und daran teilzunehmen allein, ist es wert, hier mitzumachen.

Und: Wie war und ist Ihr erster Eindruck hier?

Dr. Hopfe: „Ich bin sehr begeistert vom großen Engagement des Präsidenten und des Geschäftsführers der Auslandsgesellschaft, aber auch vom für mich sichtbaren persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Alle arbeiten sehr partizipativ und interkulturell zielorientiert zusammen. Ich wurde sehr freundlich als Mitglied im Vorstand aufgenommen und die Zusammenarbeit ist in den Vorstandssitzungen sehr kollegial und effizient.“

H.-J. Pohlmann: „Man trifft sofort auf großartige Menschen und die Begeisterung springt auf jeden über, der auf irgendeinem Stuhl der Auslandsgesellschaft Platz nimmt. Auch ich schätze den überaus kollegialen Umgang miteinander. Man fühlt sich willkommen und wertgeschätzt.

Der Dienstälteste geht:

Erich G. Fritz hat 40 Jahre mitgewirkt

Erich G. Fritz zu würdigen, hieße, ein ganzes Buch zu schreiben. Nicht eines, das nach 128 Seiten ausgelesen wäre. Es würde ein richtiger Schinken, ein dicker Wälzer, der gehaltvoll und schwer in den Händen liegend auf das lesende Erforschen eines geduldigen und unermüdlichen Lebens warten würde.

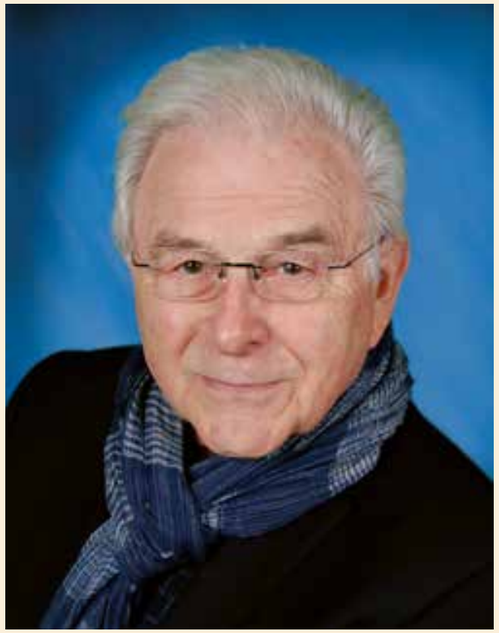
So vielfältig, so emsig und vor allem so stetig war sein ehrenamtliches Engagement in der Auslandsgesellschaft. Auf Erich war (und ist) immer Verlass.

Im Herbst 2024 hat er den Vorstand verlassen und nicht erneut kandidiert.

Und da er seit 1983 im Vorstand mitgewirkt hat, und seit 1981 Mitglied der Auslandsgesellschaft ist, ist er einer von wenigen, die tatsächlich auf über 40 Jahre intensives Engagement zurückblicken können.

In den 80er Jahren steht der Anbau der historischen Steinwache in seinem Fokus. Er engagiert sich sehr bei den Auslandskulturtagen (später Internationale Kulturtage, IKT), konzeptioniert Ausstellungen, Austausche und kulturelle Begegnungen zwischen Dortmund und Gastländern wie Dänemark, Frankreich, Ungarn, Serbien und Großbritannien. Er ist ganz vorne dabei, als es um den Aufbau der Städtepartnerschaft Dortmunds mit Zwickau geht.

Bis er seinen inhaltlichen Schwerpunkt zusammen mit der Vorsitzenden der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft, Christa Frommknecht, ins Reich der Mitte verlegt. Es waren diese beiden, die eine Replika eines Terrakotta-Kriegers erwarben, die in der Auslandsgesellschaft ausgestellt und zur ersten Vorbotin einer großen Ausstellung In diesem Zusammenhang zeigt Fritz sein besonderes Geschick: Klare Worte finden, sie artikulieren, aber auch die Türen weiterhin offen zu halten. Vor allem für menschliche Begegnungen. Das Massaker auf dem Tien-an-men-Platz wird von ihm laut und deutlich verurteilt, der Austausch, die Diskussionen, aber, die finden unter seiner Regie weiterhin statt.



Erich G. Fritz (2002)

Das System in China wird verurteilt, Hochwasser-Opfer und chinesische Künstler werden ideell und finanziell unterstützt. Und das alles gleichzeitig.

Und dann kommt sie endlich, die auch von ihm nach Deutschland geholte Ausstellung: „Jenseits der großen Mauer. Der erste Kaiser von China und seine Terrakotta-Armee“ im Ostwall-Museum in Dortmund mit mehr als 300.000 Besuchern von August bis November. Akademien und Ausstellungen begleiten die große Schau. Der China-Arbeitskreis, der für die Ausstellung verantwortlich zeichnet, besteht aus Erich G. Fritz, Chr. Frommknecht, Dr. G. Langemeyer, Prof. Dr. L. Ledderose, H. Schiffmann und Prof. T. Uhlmann.

Ab 1992 sucht er sich ein neues Feld. Diesmal ist es Rumänien. Auch das hat Erich maßgeblich geprägt: Dort, wo Regierungen sprachlos sind, wird die Auslandsgesellschaft aktiv. Es entsteht der deutsch-rumänische Länderkreis, ihr Leiter wird Ladislaus Füredi, mit dem Fritz sehr viel auf die Beine stellt: Schriftsteller, Journalisten und Politiker, Musiker, Lehrer, Studenten und Schülerinnen und Schüler beider Länder kommen dank der Hilfe der beiden miteinander in Kontakt.

Internationale Jugendbegegnung BRÜCKEN 3/96 • 113

um die Durchsetzung der Marktwirtschaft mit ihren sozialen Konsequenzen für die Gesundheitsversorgung und die Renten. Milla Rothova schilderte eindrucksvoll, wie schwer das Übersetzen für viele Pensionäre nach dem Transformationsprozeß geworden ist. „Bei Durchschnittsrenten zwischen 200 und 500 DM im Monat sind die Preise, die vielfach westeuropäisches Niveau erreichen, für uns kaum zu bezahlen.“ Das rasche ökonomische Reformtempo in Richtung Marktwirtschaft bescheert, so Rothova weiter, der politischen Opposition einen Zulauf der sozial Schwächeren. Deutlichen Widerspruch äußerten dagegen die jungen Tschechen, die die Notwendigkeit der Wirtschaftsreformen herausstrichen.

„Viele junge Leute interessieren sich hier kaum für Politik – die neugewonnenen Freiheiten und die Chance, durch eigene Kraft zu Wohlstand zu kommen, sind meist wichtiger“, faßte der eine wohl weitverbreitete Stimmung zusammen. Politikverdrossenheit junger Leute, so zeigte sich hier, ist keineswegs nur ein Problem in Deutschland. Zum gegenseitigen Verständnis trugen auch Gespräche über die Wirkung aktueller Ereignisse – wie das z.T. peinliche Verhalten deutscher Touristengruppen in Tschechien, das Ländergefälle Deutschland/Tschechien sowie Aktivitäten Rechtsradikaler in beiden Ländern – auf die Bereitschaft zur Empathie bei. Dagegen war die die politische Ebene dominierende Thema der Vertreterinnen für die Jugendlichen leider Länder kaum von Bedeutung.

Fazit

Ohne Zweifel: Das Straßentheater funktionierte wie erhofft als Brücke der Begegnung. Aber auch Grenzen theaterpädagogischer Arbeit wurden deutlich: Nur Ausschnitte aus den Gesprächen über Politik und Alltag der Jugendlichen konnten szenisch umgesetzt werden – jedes einzelne Thema hätte genug Stoff für ein Spektakel geboten. Demnach: Die Überzeugung, mit der die Teilnehmerinnen ihre Show präsentierten, spiegelten die Einflüsse des Austausches auf die Theaterarbeit wider.

Die Probenarbeit war, so der übereinstimmende Tenor bei der Auswertung, der wichtigste Bestandteil des Programms, der einen intensiven und kreativen Austausch initiiert habe; Prag als Ort der gemeinsamen deutschen und tschechischen Geschichte habe dafür ein wichtiges Bindeglied geschaffen; Kritik gab es allerdings an der Verwaltung der Stadt Prag, die kurzfristig eine Zusage zur Aufführung auf dem Altstädter Ring zurückgezogen hatte; Öffentlichkeit und Zeit der Präsentation hingen viele Tage „in der Luft“ und konnten erst nach mehrmaligen Gesprächen sichergestellt werden. – Für die Arbeit der Gruppe nicht erforderlich ein Katalysator, schließlich spielt die öffentliche Präsentation als ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeit eine besondere Rolle in der Begegnung.

„Aller Abschied ist schwer...“

„Jetzt wird ihr drar“, hieße Alis beim tränenreichen Abschied am Prager Bahnhof. Natürlich, die Einladung zur Rückbegegnung war längst ausgesprochen. Man freuen sich alle auf ein Wiedersehen im Juli 1997 in Dortmund, das statt(finde), sofern die erforderlichen staatlichen Zuschüsse gewährt werden. Auch ein Thema für die Straßentheaterarbeit steht schon fest: Die Inszenierung des „Kasperlangen von Hamelin“ ...

Dirk Schubert
(Jugendbildungsreferent)

Schirmmütze und Jeans tragen sie auch

Deutsch-Ungarischer Jugendaustausch zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede

11 junge Leute aus Ungarn besuchten 9 Tage Deutschland, um Land und Leute und vor allem Gleichaltrige einer anderen Kultur kennenzulernen. Initiiert wurde der Austausch von der Jungen Union, Ortsverband Wilhelmshöhe, und geplant und durchgeführt von der internationalen Bildungsstätte Wilhelmshöhe.

Vor knapp einem Jahr belieferte – von einem Pastor angeregt – ein Hilfstransport der Jungen Union die ungarische Stadt Tata, 70 km nördlich von Budapest gelegen, mit Kleidung und Spielzeug. Ungarn bittet den deutschen Jugendlichen einerseits, die ungarische Herzlichkeit andererseits zum Ausdruck der Kontakte.

Treibstoffmangel auf „Landwege“ gerätet für den Auflug mit dem „Ital Bocki“

Am 02. August standen sie dann „auf der Matte“: 8 junge Frauen und 3 junge Männer aus Tata und Umgebung waren neugierig auf Deutschland!

Um das Ungleichgewicht, „deutschsprachige junge Ungarn“ – „nicht ungarisch sprechende junge Deutsche“ abzubauen, traf man sich zunächst zum „Tandemkurs“. Dort konnten die wichtigsten Redewendungen und Vokabeln der jeweiligen anderen Landessprache erlernt werden. Und es blieb nicht nur beim gegenseitigen „Beschnüppern“ – die bunte, trotzdem sehr Fahrt mit dem „rot bocki“ blieb allen Jugendlichen in angenehmer Erinnerung.

Erich Fritz – ein Politiker steht Rede und Antwort

Der Bundestagsabgeordnete Erich Fritz, Vorsitzender der Auslandsgesellschaft NRW, hat die jungen Leute zu einem interessanten Gespräch über das Bonner Parlament und seine Geschichte nach Bonn ein. Besonders interessiert waren die Jugendlichen an den Zukunftsvisionen des deutschen Politikers im Hinblick auf die weitere Entwicklung Ungarns und der deutsch-ungarischen Beziehungen. Erich Fritz formuliert dazu eindeutig: „Wenn alles gut geht, ist Ungarn in 10 Jahren Mitglied der Europäischen Union.“

Plenarsaal mit Durchblick

Transparent soll er auch wirken, der neue Plenarsaal im Bonner Regierungsviertel. Denn Demokratie ist etwas Durchsichtiges. Manches wirkt imponierend und unfertig: zahlreiche Neuerungen der Farbe Königsblau, aufgeteilt auf verschiedene designte Stuhlgruppen, sorgen für Einkaufsnähe und Ähnlichkeit von perfekt-toskanischen Ansprüchen. Denn Demokratie ist etwas grenzenlos Entwickelungsfähiges ohne statisches Endziel, eben ein Prozeß. Scharfen Schülerausgen Rat es sofort auf dem Aluminiumeffekt an der Wandfront fehlt eine Feder! Absicht – es

Erich Fritz, Bundestagsabgeordneter des Ostwestfalen, der Auslandsgesellschaft NRW Foto: Bianchina

Organisation eines deutsch-ungarischen Austauschs

1997 kommt es zur ersten „Kronstadt-Woche“, 1997 wird Fritz Mitbegründer des Deutsch-Rumänischen Forums, bis 2024 bleibt er ihr stv. Vorsitzender.

Die Auslandsgesellschaft war bis zum Ende der Sowjetunion auch Zentrum der deutsch-sowjetischen Auslands-

1999 Fritz im Gespräch mit Kosovo-Expertinnen Doris Pack und Daniela Vrdoljak

Erich G. Fritz MdB

Ein Porträt in den „Brücken“

arbeit – Präsident Koch war Ehrenpräsident der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaften. Das prägte auch eine breite Zusammenarbeit mit vor allem Russland. Prof. Deninghaus, Slawist von der Ruhr-Universität, sicherte sich bald die Mitarbeit des neuen Vizepräsidenten Fritz und so wurde er in die deutsch-russische Arbeit involviert, zusammen mit einem jungen Studenten namens Klaus Waschick, der perfekt Russisch dolmetschen konnte und der Auslandsgesellschaft verbunden blieb.

Fritz war auch Partner der „Sowjetischen Lektoren“, die für je zwei Jahre in der Auslandsgesellschaft arbeiteten und eine bundesweite Wirkung entfalteten. Mit einem der Lektoren blieb Fritz bis 2012 verbunden, sodass sich auch für seine Bundestagsarbeit noch Verbindungen ergaben. „Gegen den Strom“ zu schwimmen, das war auch sein Motto, als es um den Kosovo-NATO-Einsatz ging, der auch Dortmunds Partnerstadt Novi Sad betraf. Kurzerhand wurden hier auf seine Initiative hin Gespräche darüber und über mögliche Hilfeleistungen organisiert1999 wurde es dann in der Auslandsgesellschaft sehr schwierig. Der Präsident Jürgen Alexander Fischer erkrankte schwer, Erich G. Fritz übernahm kommissarisch die Leitung und blieb zwei Jahre in dieser Funktion.

Er leitete das große Schiff der Auslandsgesellschaft auch sicher durch die turbulenten nächsten Jahre der finanziellen Schieflage.

Russland beschäftigte Fritz weiter, er setzte sich mit dem neuen Präsidenten Putin auseinander, Alexander Rahr folgte seiner Einladung, und das erste Buch aus der neuen Reihe der Auslandsgesellschaft, die Erich G. Fritz herausgab, erschien unter dem Titel: „Neue Bewegung in den deutsch-russischen Beziehungen“

Auslandsgesellschaft.de

(2001). Die Reihe „Forum internationale Politik“ wird von nun an von Fritz betreut und herausgegeben, er organisiert die Autoren und schreibt auch selbst. Sie erscheint von da an im Athena-Verlag Oberhausen.

Nach 9/11 wurde das „Montagsgespräch zur internationalen Politik“ aus der Taufe gehoben. Die Bandbreite der Themen war groß. Im Mittelpunkt standen immer aktuelle internationale Ereignisse.

Auf der Suche nach neuen Ansätzen bürgernaher Beziehungen bot das Auswärtige Amt nach 2014 den Städten Unterstützung für Projekte im Rahmen deutsch-russischer Partnerschaften an. In der Auslandsgesellschaft wurde das Projekt eines Bürgerhauses für deutsch-russische Begegnungen in Rostow am Don entwickelt. Erich G. Fritz erarbeitete dazu ein Papier, das auch bei der Stadt Dortmund Gefallen fand. Die Folge davon war die Unterzeichnung einer Vereinbarung anlässlich des 40. Jubiläums der Städtepartnerschaft Dortmund-Rostow am Don 2017 zu diesem Projekt. Die folgenden Monate und Jahre zeigten aber, dass sich in Russland und auch in der Partnerstadt der Wind bereits gedreht hatte: von Zusammenarbeit auf Konfrontation. Das Projekt kam nicht mehr zustande.

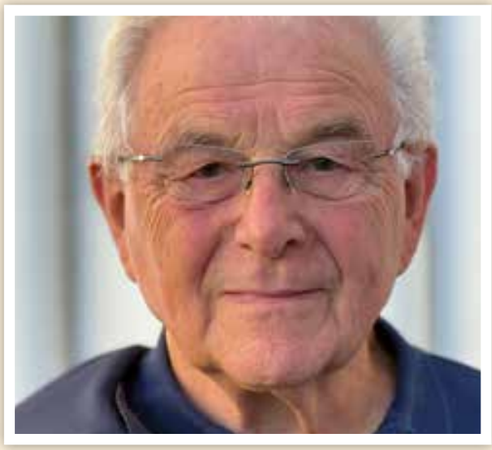
Die Montagsgespräche

30 Jahre Deutsch-Rumänische Gesellschaft

Nach der Annexion der Krim durch die Russische Föderation und der von Russland gesteuerten Separation der Ost-Ukraine ab 2014 gab es wiederum eine Reaktion von Erich G. Fritz. Wenn, so seine Ansicht, die Entwicklung in Russland in Richtung Autokratie, Einschränkung der Menschenrechte, Beseitigung des Rechtsstaates und der freien Presse weitergehe, habe die staatliche Zusammenarbeit nur noch geringe Chancen auf große Wirkung. Deshalb müsse man neu auf die unmittelbare Zusammenarbeit mit konkreten Menschen setzen. Das Ergebnis war der Aufbau einer Plattform, zunächst im Internet, aufder Menschen sich austauschen konnten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit pflegten.

Um sich zu beschränken, suchte sich Fritz Partner nicht in den Metropolen, wo die meisten funktionierenden Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen, Instituten und Initiativen bestanden. Der Kontakt entstand zur Region des Nordkaukasus, und insbesondere nach Pjatigorsk und Umgebung.

Wie sehr die Aktivitäten der Auslandsgesellschaft und der Deutsch-Russischen Akademie Ruhr aber



Erich G. Fritz (2025)

bemerkbar waren, zeigt die Tatsache, dass in der Auflistung herausragender Partnerschafts-Aktivitäten im „Deutsch-Russischen Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/18“ allein drei Mal Dortmund mit der Auslandsgesellschaft und der Dt.-Rus. Akademie vorkommt. Nach der völkerrechtswidrigen Invasion Russlands in der Ukraine am 24.02.2022 kam die deutsch-russische Arbeit völlig zum Erliegen.

In der Zeit dieser vielen bewegenden Ereignisse hat sich die Situation der Auslandsgesellschaft grundlegend verändert:

Der wirtschaftliche Kern der Gesellschaft ist die gemeinnützige GmbH, deren Angebot vor allem in Sprachen-Lernen, Integrationsarbeit und dem Angebot von Services liegt. Fritz vertritt den Vorstand in der Gesellschafter-Versammlung der gGmbH.

Die von Präsident Klaus Wegener und Marc Frese, geschäftsführender Vorstand, angestoßene Vereinigung der Auslandsgesellschaften NRW und Deutschland wurde realisiert. Das war keine einfache Ausgabe. Dabei spielte Erich G. Fritz eine sehr wichtige Rolle. Konnte er doch auf seine langjährigen Erfahrungen bauen. Konstruktiv ging er an die Sache ran, sodass mit seiner Hilfe die Fusion 2018 besiegelt wurde.

Die Auslandsgesellschaft.de e. V. ist wirtschaftlich gesund, erlebt eine Revitalisierung ihres Auftrages und kann auch dank der Arbeit unseres Vizepräsidenten Erich G. Fritz positiv in die Zukunft blicken.

Da es in diesem Heft nicht möglich ist, alle Aktivitäten detailliert darzustellen, haben wir für Sie eine ausführliche Darstellung auf unserer Homepage hinterlegt.

Klaus Wegener: ERICH G. FRITZ – DER MENSCHENFREUND

Erich Fritz war nicht nur mein politischer Ziehvater, er war und ist vor allem ein guter Freund. Es gibt nemanden, der länger für die Auslandsgesellschaft tätig war. Die Präambel unserer Satzung ist für Erich Fritz sowohl in seinem politischen Wirken als auch im wahren Leben stets sein Lebensinhalt gewesen: Völkerverständigung in Geiste von Humanität und Toleranz“. In diesem Sinne hat er sich große Verdienste um die Auslandsgesellschaft erworben. Durch seine politischen Ämter hatte er ein großes Netzwerk, das er immer auch für die Ziele der Auslandsgesellschaft eingesetzt hat. Erinnert sei hier beispielhaft nur an seine Reihe der Montagsgespräche“. Seine Kontakte in die große Politik führten häufig dazu, dass wir Politiker, Botschafter und weitere hochrangige Würdenträger bei uns im Haus begrüßen konnten. Seine Bücher über das Weltgeschehen sind deshalb so lesenswert, weil er es versteht, komplexe Zusammenhänge der Weltpolitik verständlich und nachvollziehbar zu beschreiben. Ohne das nachhaltige Wirken von Erich Fritz stünde die Auslandsgesellschaft nicht da, wo sie heute ist. Erich Fritz kann auf Menschen zugehen, gerade und auch, wenn es mal schwierig ist. Er ist im besten Sinne ein Menschenfreund. Danke Erich!

Marc Frese: ERICH G. FRITZ ODER IN DER RUHE LIEGT DIE KRAFT

Gelassenheit, Besonnenheit und seine analytische Denkweise – das alles schätze ich an Erich G. Fritz. Sicherlich gab es schon vorher einige Berührungspunkte, aber es muss im Jahr 2000 gewesen sein, als ich Erich G. Fritz schätzen lernte. Jürgen Alexander Fischer war gestorben und er übernahm die Präsidentschaft interimsweise.

Trotz seines zeitaufwändigen Mandats als Bundestagsabgeordneter nahm er sich die Zeit und informierte sich regelmäßig über die Aktivitäten in der Auslandsgesellschaft. Dabei hatte er auch immer ein paar Minuten für den damals noch jungen Vorstandsassistenten und Controller auf der 5. Ebene Zeit. Von seinen Ratschlägen und Tipps profitierte ich schon damals, und bis heute freue ich mich, wenn wir Zeit für den Austausch haben und mittlerweile gemeinsam an alte Anekdoten denken.

Erich G. Fritz und Marc Frese

Einen Ratschlag gab er mir mal an einem Samstag – ebenfalls kurz nach der Jahrtausendwende. Ich traf ihn auf dem Westenhellweg. Vor der Reinoldikirche. Es war Wahlkampf. Damals gab es in der Leitung der Auslandsgesellschaft heftige Konflikte, über die wir uns austauschten. Da fiel ein Satz von ihm, den ich bis heute im Ohr habe: Wenn man sich nichts mehr zu sagen hat, sollte man besonders viel miteinander reden. Bis heute habe ich diesen Satz im Kopf und versuche, ihn zu beherzigen.

Erich G. Fritz und seine Frau sollten eigentlich ihren Lebensabend genießen. Das Leben kam anders als gedacht und beide haben noch eine wichtige Aufgabe. Ich habe großen Respekt davor, wie sie das meistern und wünsche ihnen, dass sie noch lange gesund und munter bleiben.

Lieber Erich, komm bitte so oft es geht in der Auslandsgesellschaft vorbei. Als Gast, als Gesprächs- und Diskussionspartner!

Martina Plum: GEGEN DIE INTOLERANZ DER „TOLERANTEN“

Meine erste Begegnung mit Erich ist mir noch sehr präsent in Erinnerung: Ich wollte ihn für das Magazin der Auslandsgesellschaft journalistisch portraitieren. Also ging es nach Berlin und ich habe ihn zwei Tage lang begleitet. Das war von einer sehr großen beiderseitigen Wertschätzung geprägt, bei der es auch kein Manko war, mal anderer Meinung als er zu sein. Im Gegenteil: Das erst machte unsere Gespräche wertvoll und interessant. Und das sind sie bis heute geblieben.

Wir sind immer noch nicht immer einer Meinung, aber: Wir hören uns gegenseitig zu, überlegen, warum der andere das so und so sieht. Ganz anders als es heute meistens der Fall ist. Jeder nur noch in seiner eigenen Bubble, nimmt das oder den anderen gar nicht mehr wahr. Im Gegenteil: Man meint sogar, wenn der oder die andere nicht der eigenen Meinung ist, ihn oder sie moralisch abwerten zu dürfen.

Das passiert mit Erich nicht. Und mit ihm geht ein Stück Vielfalt. Die Intoleranz der Toleranten kann weiterleben.

Ich fand es sehr traurig, als Erich sich aus unserm Vorstand verabschiedet hat.

Portrait

Kleine Ursachen mit großer Wirkung

Und wer dann jetzt bereits ein bestimmtes Bild von Frau Schmitz im Kopf hat, der kann es auch gleich wieder löschen. Denn hinter dem „Allerweltsnamen“, der neben Müller, Meier oder Schulze einer der häufigsten ist, verbirgt sich eine junge, hübsche, die Zuhörerin bezirzende Frau aus Khouribga (Marokko), die gerade mal 24 Jahre „alt“ ist. Frau Schmitz heißt mit Vornamen Fadwa (ausgespr.: Fadua)

So jung und schon so viel erlebt: Sie hat drei Jahre lang Anglistik und Linguistik sowie kurzzeitig Biologie in ihrer Heimat studiert, war eine Weile verheiratet, hat als Küchenkraft gearbeitet und den Lieferservice koordiniert. 2022 kam sie nach Deutschland, genauer gesagt nach Hagen. Denn in der Zwischenzeit hatte sie im Zwischennetz unseren Kollegen aus dem Rechnungswesen kennengelernt.

An der Steinstraße arbeitet sie im Veranstaltungsbereich, bereitet alles vor und betreut unsere Veranstaltungen. Bei den Cambridge-Prüfungen führt sie die Aufsicht, passt auf, dass niemand schummelt.

Fadwa ist keine, die lange stillhält. Was sie aber vor allem auszeichnet, ist, dass sie ihren Kopf zum Denken nutzt. Und das hat es ihr in der Heimat manchmal schwer gemacht. Sie geht ihren eigenen Weg – und den beharrlich und mit Biss. Fadwa überlegt, wägt ab und entscheidet dann.

> Das leichte Flattern der Flügel eines Schmetterlings mag bis zur anderen Seite der Welt spürbar sein
>
> Chinesisches Sprichwort

Sie konnte und wollte nicht stillhalten, vor allem wollte sie auch etwas tun, was ihr Spaß macht und wo sie sich „reinknien“ konnte. „Das mit den Frauenrechten war alles nicht so richtig logisch“. Was die Bewegung betrifft: Fadwa spielt mit ihrer Mann- bzw. Frauschaft in der Kreisliga Fußball. Ihre Kolleginnen und sie haben den 3. Platz ergattert. Aber das erfordert auch viel Training. Sie trainieren dienstags und donnerstags hart und haben dann jeden Sonntag ein Spiel. „Endlich kann ich das machen, was ich schon in Marokko machen wollte. Ich mag Herausforderungen.“

Wie aber kommt es, dass sie sich in so jungen Jahren ihrer selbst bereits so sicher ist?

Sie glaubt an die Butterfly-Theory. „Das leichte Flattern der Flügel eines Schmetterlings mag bis zur anderen Seite der Welt spürbar sein“, so ein chinesisches Sprichwort. Dabei ist es wichtig, in sich hineinzuhorchen und jederzeit bereit zu sein, seine Pläne zu ändern. Menschen, die Erfolg haben, haben auch immer einen Plan B in der Tasche. So auch Fadwa: Sie nimmt Ereignisse mit Neugier und Akzeptanz an. Sie ist auf das Unerwartete vorbereitet, das hilft ihr, mit den Höhen und Tiefen des Lebens umzugehen.

Und dann setzt Fadwa noch einen drauf: Seit August lernt sie den Beruf der Lokomotivführerin.

Ja, Frau Schmitz: Kleine Ursachen können große Wirkung haben. Fadwas Flügel schlagen.

Christiana Charmpa:
„Fadwa kann man mit Augen zu überall einsetzen.“

Claudia Steinbach:
„Fadwa ist herzlich, pragmatisch und zielorientiert. Sie ist ein wahres Organisationstalent und hat immer gute Laune. Bei allem, was Fadwa tut, denkt sie mit und sie ist eine wertvolle Kollegin.“

Aus den Sprachkursen

Dortmund-Leeds: Städtepartnerschaft via Sprachkurs

Die Deutsch-Britische Gesellschaft und die Intercultural Academy der Auslandsgesellschaft haben im zweiten Semester des Jahres 2025 ein ganz besonderes Angebot im Köcher, vor allem für diejenigen, die die seit 1969 aktive Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und Leeds leben oder kennenlernen möchten. Unter dem Titel „Willkommen in Dortmund“ sind Bürgerinnen und Bürger aus Leeds eingeladen 12 Wochen lang Deutsch zu lernen. Dabei liegt der Fokus des Anfängerkurses nicht auf der Grammatik, sondern auf Situationen mitten aus dem Leben. Was passiert und ist wichtig, wenn ich unsere Partnerstadt Dortmund besuche? Was hat Dortmund eigentlich zu bieten? Einmal in der Woche, jeweils dienstags startet der Unterricht ab dem 16. September. Und zwar online. Praktisch und direkt von zu Hause aus. Das ruft nach Wiederholung.

300. Integrationskurse

Der 300. Integrationskurs das sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Oksana Ivanisova, Ahmad Karaman, Serhil Kivshar, Luidmyla Sultanova, Oksana Rohynska, Natalia Fedorova und ihre beiden Dozentinnen Heli Duer und Izabela Nazim.

Der erste Integrationskurs begann im Januar 2007. Die Dozentin damals war Nina Benko-Denninghaus. Sie unterrichtet auch heute noch an der Steinstraße.

Exotische Sprachen

Die Auslandsgesellschaft hat nicht nur ein (Sprachen-)Herz für die großen Sprachen. Sie widmet sich auch den etwas weniger bekannten. Dabei ließ sich zum Beispiel auch die Sprache am Niger-Kongo kennenlernen. Es geht in der losen Reihe um Sprachen, die entweder in der Minderheit oder vom Aussterben bedroht sind.

Die nächste Veranstaltung dazu ist am 26. November 2025: „Sprache und Kultur der Quechua“

Modernes Lernen: Auslandsgesellschaft mit neuen Boards

Neuen Wind bekommen die Sprachkurse in der Steinstraße mit den neuen Boards, mit denen sich jetzt digital lernen lässt.

Die Monteure beim Einbau der 95 Zoll großen und über 90 Kilogramm schweren Bildschirme

Auslandsgesellschaft.de

6. Tag der Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft

Wie können Städtepartnerschaften in Krisen funktionieren?

Bereits seit 2015 organisiert die Auslandsgesellschaft den alle zwei Jahre stattfindenden Städtepartnerschaftstag. Das nächste Treffen in der Stadthalle wird am 16. Oktober 2025 durchgeführtIn diesem Jahr ist der Tag in die Landesinitiative „Europa-Schecks“ eingebunden.

Praxistag Städtepartnerschaften 2024

Das Motto in diesem Jahr lautet: Entwickeln | Leben | Ausbauen | Finanzieren. Beim Speed-Dating und bei Gruppenarbeiten werden der Dialog und die Vernetzung zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestärkt. Thematisch geht es um die Bereiche Heimat, Kultur, Jugend, Inklusion, Sport und Nachhaltigkeit. Der „Markt der Möglichkeiten“ bietet wie immer praktische Informationen zu Förderprogrammen, Projekten und Kooperationspartnern.

Seit 2010 widmet sich die Auslandsgesellschaft dem Thema der Städtepartnerschaften. Unter dem Dach des gemeinnützigen Vereins agiert seit 2021 die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften.

Die Bedeutung von Städtepartnerschaften ist ein zentrales Anliegen der Auslandsgesellschaft im Rahmen ihres satzungsmäßigen Auftrags zur Förderung der Der Tag der Städtepartnerschaften findet alle zwei Jahre statt, dieses Jahr zum sechsten Mal. Als eintägige Konferenz bietet sie allen nordrhein-westfälischen Städten, Gemeinden und Kreisen, die Städtepartnerschaften unterhalten oder sich dafür interessieren, eine Plattform für thematische Impulse, Austausch und Vernetzung. Eingeladen sind, außer den Kommunen, die Zivilgesellschaft sowie die kommunalen Spitzenverbände, Vertreter internationaler Organisationen und weitere Multiplikatoren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auslandsgesellschaft im Gespräch mit der Zeitzeugin Eva Weyl

Reisen

Zwischen Vergangenheit und Gegenwart – Jüdisches Leben in Amsterdam

Eva Weyl, geboren am 7. Juni 1935, ist eine, die nicht müde wird, als Zeitzeugin von der Zeit im Lager Westerbork zu erzählen. Ihre Familie konnte mehreren Deportationen knapp entgehen. „Dabei standen wir drei Jahre lang auf der Liste.“

Wir treffen sie bei unserer Reise „Zwischen Vergangenheit und Gegenwart – Jüdisches Leben in Amsterdam“, die die Auslandsgesellschaft in Kooperation mit der ParkAkademie im Mai 2025 organisiert.

Westerbork wurde 1983 zur Gedenkstätte Kamp Westerbork. Während des Zweiten Weltkriegs war es das „Portal zur Hölle“. Von hier aus wurden Juden, Sinti und Roma in die Vernichtungslager nach Auschwitz-Birkenau und Sobibor gebracht. Es sollten mehr als 100.000 Menschen werden, die von hier aus in den Osten deportiert wurden. Das Lager beinhaltet die Lebensgeschichte von über 100.000 Ermordeten, aber auch von 5.000 Überlebenden. „Eine davon bin ich“, erzählt Eva Weyl. Was sie antreibt, so sagt sie, sei ihre Mission, vor allem mit jungen Menschen zu sprechen. Sie möchte diesen unbedingt etwas mitgeben. „Mobbing, von dem ich immer mehr höre, ist der Anfang vom Bösen.“ Und bis zur Reichspogromnacht ist es, so Weyl, dann nur noch ein einfacher Schritt. Diese Sprache, die verstehen die Jugendlichen.

Sie warnt eindringlich, auch im Zusammenhang damit, wie der zunehmende Rechtsruck die Demokratie und die Menschen in die Zange nimmt und uns das raubt, was wir nicht richtig zu schätzen. „Man weiß erst, was Freiheit bedeutet, wenn sie einem weggenommen wird.“

Die dreitägige Bildungsfahrt zeigt das Nationale Holocaust-Museum, entführt in ein jüdisches Restaurant und umfasst eine von Experten geführte Tour, die eine Fülle von Informationen über das jüdische Viertel (Jodenbuurt, niederländisch) vermittelt . Bis die Nazis 1940 Amsterdam überfielen, lebten hier 80.000 – 85.000 , in der Jodenburt waren es ca. 15.000 – 20.000 Menschen. Die meisten hatten keine Chance. Ihr Leben wurde ihnen in KZs genommen. Anne Frank wurde von einem niederländischen Kollaborateur verraten.

Zur Erinnerung an die Familie Frank in Amsterdam

Heute leben in Amsterdam wieder 20.000 jüdische Menschen.

Ausstellung im National Holocaust Museum in Amsterdam (l.); Zur Erinnerung an einen von 100.000 Ermordeten im Lager Westerbork (r.)

Hohe Auszeichnung für die Auslandsgesellschaft

1. Platz beim „Charity Deutschland Ukraine Preis“

Die Auslandsgesellschaft ist für ihre Unterstützung der Ukraine mit dem renommierten „Charity Deutschland Ukraine Preis“ am 25. August 2025 in Berlin ausgezeichnet worden.

Der Preis wird jährlich vom Verband der gemeinnützigen Organisationen der Ukraine verliehen. In der Auslandsgesellschaft haben mehrere Hundert Ukrainerinnen und Ukrainer seit Kriegsbeginn Deutsch gelernt. Außerdem engagiert sich der gemeinnützige Verein für ukrainische Kinder und bietet u.a. Sprachcafes an. Inzwischen arbeiten vier ukrainische Flüchtlinge als Festangestellte in der Auslandsgesellschaft. Klaus Wegener, Präsident der Auslandsgesellschaft: „Es ist für uns nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Bestätigung für unsere Arbeit, dass wir diesen Preis erhalten haben.“

Im Bild: Marc Frese (Geschäftsführer) Oleksandr Oliynyk (Vizepräsident d. ukrainischen Organisationen), Klaus Wegener (Präsident der Auslandsgesellschaft)

Rezension

Carlo Masala: Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario.

Das ist eigentlich ein Buch, das man am liebsten gar nicht lesen möchte: Schon der Titel des Buches „Wenn Russland gewinnt“ von Carlo Masala verursacht Bauchgrummeln und Kopfschmerzen.

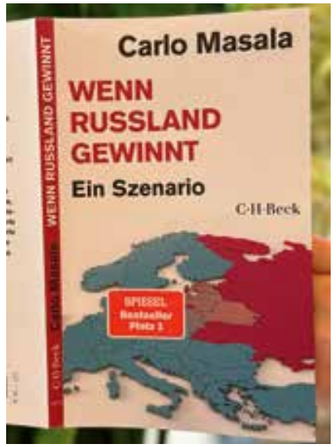
Das Buch ist ein Bestseller und es hat einen prominenten, weil in allen Medien präsenten Autor. Der Professor für Internationale Politik an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr ist ein gern gesehener Gast in den politischen Talkshows.

Das Buch spielt im Jahr 2028, die Ereignisse ab 2025 werden rekapituliert: Die Ukraine unterwirft sich einem Diktatfrieden, hat 20 % seines Landes verloren, sich verpflichtet, der NATO nicht beizutreten, ein wirtschaftliches Aufbauprogramm wird beschlossen. Das Land selbst kommt nicht zur Ruhe. Es hat sich eine Partisanen- und Guerillaarmee gebildet. Bei Wahlen verliert Selenskyj seinen Posten.

In Frankreich regiert die Rasemblement National Putin tritt ab. Auf seinem Stuhl folgt jemand, der ein wenig an Gorbatschow erinnert. Im Westen wird daraufhin überlegt, wieder abzurüsten.

Die USA stört das alles gar nicht. Denn ihre Augen sind auf Asien gerichtet.

Und dann dringen zwei russische Brigaden in die estnische Stadt Narwa ein, gleichzeitig erobern die Russen die strategisch wichtige Ostseeinsel Hiiumaa.



Zwei estnische Städte sind unter Kontrolle, die NATO ist überrumpelt.

Das Risiko eines Dritten Weltkriegs steht im Raum. Aber für ein kleines – eigentlich zu vernachlässigendes – Gebiet den Dritten Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen in Kauf nehmen? Wohl eher nicht. Der Generalsekretär der NATO stellt fest, dass es „über den Antrag Estlands auf Ausrufung des Artikels 5 keine Einstimmigkeit gibt“.

Masalas Szenario ist erschreckend und es wird real, wenn Europa keine Gegenstrategien entwickelt.

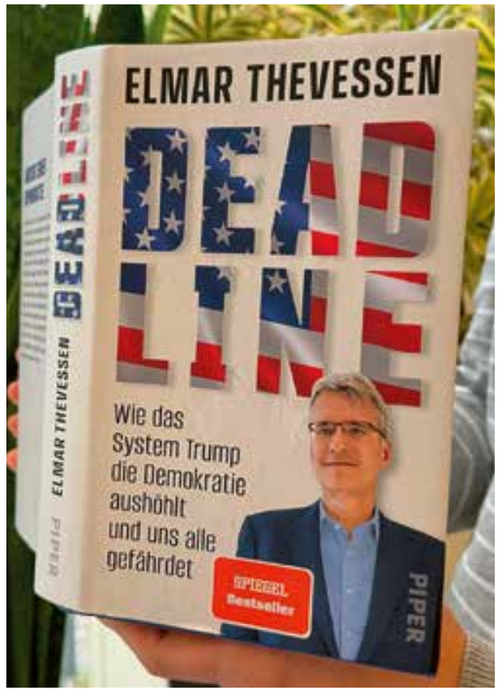
Es ist ein Buch, das man am liebsten gar nicht lesen möchte. Der Nachteil ist, es ist nicht nur ausgedacht, sondern das Erschreckende ist, dass diese ausgedachte Geschichte tagtäglich realer erscheint.

Martina Plum

Rezension

Elmar Theveßen: Deadline

Wie das System Trump die Demokratie aushöhlt und uns alle gefährdet. München, 2025.



Zur Person

Elmar Theveßen studierte in Bonn Geschichte und Germanistik, als Korrespondent war er von 1995 – 2001 in Washington, von 2007 – 2019 war er stellvertretender Chefredakteur des ZDF, seit März 2019 leitet er das ZDF-Studio Nord- und Mittelamerika in Washington.

Elmar Theveßen ist am 5. November 2025 zu Gast bei der Auslandsgesellschaft. Er resümiert ein Jahr Trump. Wir haben im Vorfeld sein neues Buch gelesen.

UNSERE DEADLINE: IM ZWEIFEL AUCH GEGEN AMERIKA

Von wegen: Die USA sind ganz weit weg. Sie sind, besser wir sind ganz nah dran. Und das, was dort passiert, betrifft auch uns in Europa.

So warnt auch dieses Buch. Es ist voller Appelle, Fakten und möchte alle wachrütteln, denen Demokratie am Herzen liegt.

Donald Trump und alle, die sein System unterstützen, zerstören step by step die Grundwerte der Demokratie. Kritik wird ausgehöhlt, die Macht auf einige wenige konzentriert und mehr und mehr geltende Regeln werden gebrochen. Ohne dass jemand einschreitet. Die alte demokratische Werteordnung wird abgebaut, nicht nur in den USA. Trump agiert ohne Rücksicht auf Gesetze, die Verfassung und Traditionen und beschädigt dabei demokratische Strukturen.

Trump trifft politische Entscheidungen, die den sozialen Frieden weltweit zerstören.

Trump schadet:

- Seine Handelskriege verursachen wirtschaftlichen Schaden.
- Internationale Bündnisse werden von ihm geschwächt. Beispiele: NATO und die Weltgesundheitsorganisation.
- Kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden gefeuert.
- Milliarden Dollar, obwohl vom Parlament für Projekte freigegeben, werden zweckentfremdet.
- Die Rechte von Minderheiten und Bürgerrechte nimmt er zurück.

Elmar Theveßen ist Journalist, und zwar einer der profiliertesten. Entsprechend gut und flüssig liest sich sein Buch. Detailliert, nachvollziehbar und dabei gut recherchiert zieht er seine klaren Schlüsse. Denn er malt nicht nur ein düsteres Bild, sondern weckt fast die Hoffnung, dass es noch nicht zu spät ist und dass jetzt genau der richtige Moment zum Handeln ist.

Wir
- müssen unsere Demokratie, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa schützen.
- brauchen ein geeintes und starkes Europa, um autokratischen Systemen die Stirn bieten zu können.
- dürfen nicht gleichgültig bleiben, sondern jeder Einzelne muss Verantwortung übernehmen.

Die USA sind näher, als wir denken. Sie sind seit Jahrzehnten ein enger Partner Europas. Wenn sie sich verändern, dann ändert sich auch sehr viel bei uns.

Europa muss endlich seine alte Stärke wiederfinden.

Es hat nur noch diese eine Chance. Insofern wird Trump für uns zum Katalysator. Er, so Theveßen, „zwingt uns zu einem klaren Bekenntnis: Wollen wir das erfolgreiche Experiment der liberalen Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft, basierend auf Werten und Idealen, in Europa fortsetzen? Dann müssen wir für die regelbasierte Weltordnung und für die Grundprinzipien der Demokratie entschlossen und geschlossen antreten, im Zweifel auch ohne oder gar gegen ein autoritäres Amerika unter Donald Trump.

PS: Eine Deadline ist im Journalismus ein gängiger Begriff, sie bezeichnet den Zeitpunkt, bis wann alles fertig sein muss. Danach geht nichts mehr. Ursprünglich kommt der Begriff aus dem Milieu im Gefängnis: Wer die Linie überschreitet, riskiert sein Leben.

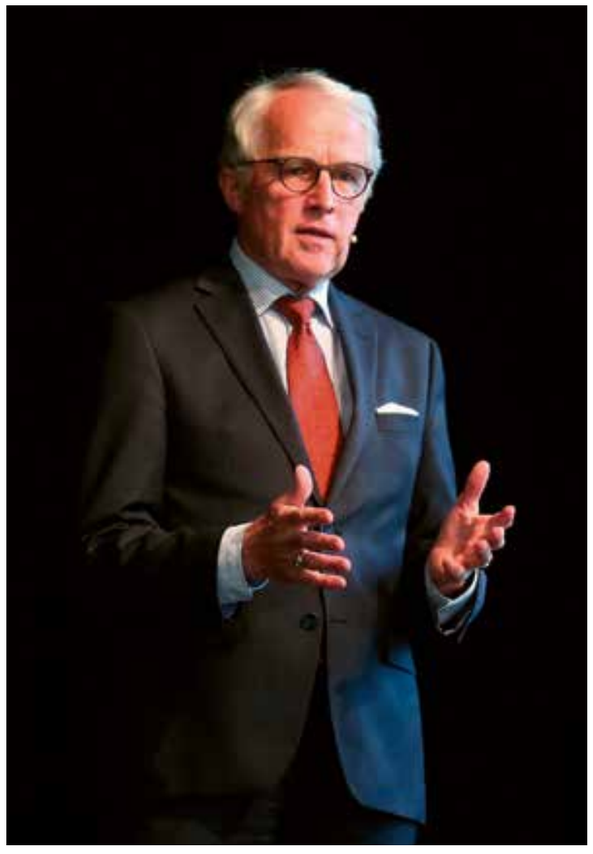
Es wird also Zeit, uns zu sputen. Damit wir die Deadline für die Demokratie nicht verpassen.

Martina Plum

Veranstaltung und Buchvorstellung

Die Welt ist im Umbruch und fragt sich, was kommt nach dem Krieg. Nach dem Krieg gegen die Ukraine. Und dem Krieg im Gaza-Streifen.

Auskunft darüber gab am 17. September auf Einladung der Auslandsgesellschaft der ehemalige Botschafter in Moskau: Rüdiger von Fritsch.



Der Krieg in der Ukraine beschleunigt die Herausforderungen, die sich mit der Globalisierung, der Erderwärmung, dem demographischen Wandel und vor allem mit der Frage, wie ein Frieden im russischen Krieg gegen die Ukraine gelingen kann.

Welchen Weg geht China, werden sich die USA demnächst aus allem zurückziehen und welche Rolle spielt zukünftig Europa? Findet die EU zu ihrer Stärke zurück? Können wir uns als Deutsche und Europäer in dieser Welt im Umbruch behaupten?

EUROPA STEHT VOR GEWALTIGEN AUFGABEN

Geopolitisch verschiebt sich gerade einiges. Wir leben in der Zeitenwende. Die Welt wird nach diesem Krieg eine vollkommen andere sein. Eine, die uns einiges abverlangt. Und den Europäern eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufgibt.

Rüdiger von Fritsch geht nach seinem Bestseller: „Zeitenwende“ mit seinem neuen Buch „Welt im Umbruch. Was kommt nach dem Krieg?“ wieder den drängenden Fragen der Zeit nach.

Der Krieg gegen die Ukraine trägt erheblich und vor allem brutal dazu bei, dass die anstehende Frage schneller gestellt und vor allem auch schnell beantwortet werden müssen.

Das, was uns in Europa in erster Linie beschäftigt, ist die Frage, ob und wie wir damit umgehen, dass unsere Rolle in der Weltpolitik keine große Rolle mehr spielt. Schaffen wir es, geschlossen aufzutreten und die Außen- und Sicherheitspolitik aktiv (wieder) zu bestimmen?

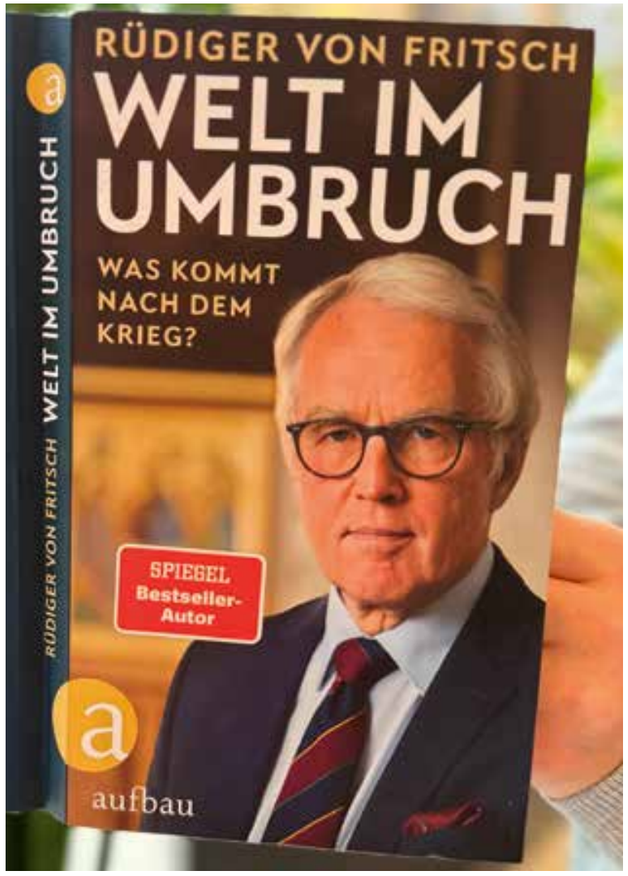
Rüdiger von Fritsch hat die EU-Osterweiterung vorbereitet, er hat den Planungsstab des Bundespräsidenten geleitet und war Vizepräsident des BND. Von 2014–2019 war er Botschafter in Moskau.

DIE STÄRKEN UNSERER POLITIK SIND DIE WERTE

Russische Politik, so schrieb Fritsch bereits in seinem Buch „Zeitenwende“ da ist die Wahrheit das, was nützt, und nicht das, was stimmt. So war auch einen Tag vor dem Überfall auf die Ukraine den meisten Russen nicht klar, dass ihr Land völkerrechtswidrig die Ukraine überfällt. Schuld waren die Ukrainer selbst, aber eigentlich der Westen.

Bis Ende Juni 2019 war die Zeit als Botschafter in Moskau für von Fritsch vorbei. „Die fünf Jahre dort waren geprägt von Russland Aggression 2014, der bis zum Beginn der Ausweitung des Krieges 2022 allein schon 14.000 Menschenleben gefordert hatte.“

Wieder, so Viola Schlenz in der Süddeutschen, seziert Fritsch klug und klar die Lage, diesmal



der gesamten Welt, und liefert luzide „Was bisher geschah“ und „Wie es weitergeht“. Abermals erweist sich der Ex-Diplomat als verlässliche, vernünftige Autorität in Sachen Russland/Putin/Ukraine und komplexer Sachverhalte.

„Die Stärke unserer Politik besteht darin, wertegeleitet zu sein; nur auf Prinzipien zu beharren hieße jedoch, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Wir müssen priorisieren, mag uns das im Einzelfall auch schmerzliche Kompromisse abverlangen.“

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Stadt Dortmund statt.

Auslandsgesellschaft.de

Impressum

Texte:

Martina Plum: S. 1–7 + 14–47
Erich G. Fritz: S. 9-13

Titel:

Fadwa Schmitz, Mitarbeiterin der Auslandsgesellschaft

Foto: Martina Plum

Fotos:

S. 1: Martina Plum; S. 2: picture alliance / akg-images; S. 4: picture alliance / dpa | Daniel Bockwoldt; S. 5: picture alliance / photothek | Thomas Trutschel; S. 6: Pixabay/konferenzadhs; S. 8: freepik@EyeEm; S. 10/11: Hintergrund Pixabay/Clker-Free-Vector-Images | Foto Pixabay/FilipFilipovic; S. 13: Pixabay/konferenzadhs; S. 14/15: picture alliance / REUTERS | Amir Cohen; S. 16: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Mahmoud Illean; S. 17/18: freepik.com/@freepik; S. 19: Pixabay/hosnysalah; S. 20/21: picture alliance / dpa | Bernd Von Jutrczenka; S. 20-23 Flaggenband: Freepik.com/@aranjuezmedina; S. 22 o.l.: Pixabay/kalhh; S. 22/23 Grafik: Freepik.com/@Lazarava Art; S. 24/25 Grafik + Flaggen: : Freepik.com/@freepik; S. 24 M.: picture alliance / NurPhoto | Bryan Dozier; S. 25 o.: picture alliance / Ritzau Scanpix | Ida Marie Odgaard; S. 25 u.: picture alliance / Ritzau Scanpix | Emil Nicolai Helms; S. 27: Jordis Antonia Schlösser/bpb; S. 28: Martina Plum; S. 29 o.: Birgit Hof zum Berge; S. 29 u.: N.N.; S. 30-33: Auslandsgesellschaft; S. 34-38: Martina Plum; S. 40-41: Martina Plum; S. 42-44: Martina Plum; S. 45: Pixabay/GabrielDouglas; S. 46: Thomas Mayr; S. 47: Martina Plum

Satz und Layout:

Sabine Ernat / WHY! Agentur für Kommunikation und Wesentliches GmbH

Druck:

D+L Printpartner, Bocholt

V.i.S.d.P:

Marc Frese

Herausgeber:

Auslandsgesellschaft.de e.V.
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Tel. (0231) 838 00 0, Fax: –56
www.auslandsgesellschaft.de

Auflage:

2000 Ex.

Wir bedanken uns bei Dr. André Krause fürs Korrekturlesen.

https://auslandsgesellschaft.de/

Auslandsgesellschaft.de